

WR-THEMA DES TAGES Reform der Gemeindeordnung

Mühsam erarbeiteter Kompromiss - Protagonisten bemühten sich demonstrativ um Geschlossenheit

„Der Schwanz wackelt mit dem Hund“

Von Walter Bau

Düsseldorf. Monatlang hatten CDU und FDP gestritten, verhandelt und gefeilscht. Zum Schluss ging es dann plötzlich ganz schnell. Wie lange der mühsam erarbeitete Kompromiss zur Reform der Gemeindeordnung jedoch halten wird, ist noch nicht ausgemacht.

Als CDU-Fraktionschef Helmut Stahl und sein Amtskollege von der FDP, Gerhard Papke, gestern zu einer überraschend einberufenen Pressekonzferenz vor die Journalisten traten, bemühten sich beide Protagonisten demonstrativ um Geschlossenheit. Von einem „fairen Kompromiss“ war da die Rede, mit dem beide Seiten „gut leben“ könnten. Hinter den Kulissen sieht es aber wohl etwas anders aus.

„Der Schwanz wackelt mit dem Hund“, stichelte denn auch die SPD, nachdem klar war, dass sich der kleine Regierungspartner FDP mit seiner Forderung nach einer Entkopplung von Kommunal- und Direktwahl gegen Bedenken in weiten Teilen der CDU durchgesetzt hatte. Papke selbst wollte sich nicht in der Siegerrolle sehen und konstatierte betont kühl: „Das Ergebnis ist nicht FDP pur, son-

dern Koalitionsvertrag pur.“

Nicht immer hatten Stahl und Papke so demonstrativ einig nebeneinander gesprochen. Noch vor Wochen hatte es zwischen den beiden ordentlich gekracht, als sie sich in einem Vier-Augen-Gespräch, das eigentlich schon den angestrebten Kompromiss bringen sollte, gegenseitig die Verantwortung für die Verzögerung vorwarfen. Der Streit musste deshalb im Koalitionsausschuss unter Leitung von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) ausgeräumt werden.

Weil die FDP auf den Koalitionsvertrag pochte, in dem die Entkopplung der Wahlen vereinbart ist, kam die CDU-Spitze nicht aus ihrer Zwickmühle heraus und musste sich gegen weite Teile der eigenen Basis entscheiden, die am liebsten das bestehende Wahlsystem beibehalten würden. Nun muss sich zeigen, ob die Basis den Kompromiss von Düsseldorf schluckt. „Damit kann die Partei leben“, gab sich Stahl gestern optimistisch. Auch in einem weiteren Punkt konnte die FDP ihre Ziele durchsetzen. So werden die Städte und Gemeinden künftig weitgehend darauf verzichten müssen, durch einträgliche Nebenge-

schäfte ihre Stadtkassen auffüllen zu können. Die Koalition will die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen „deutlich einschränken“, hieß es gestern. Sie sollen künftig nur noch dann aktiv werden können, wenn kein privater Anbieter die Leistungen genauso gut erbringen kann. Für bestehende Angebote werde es jedoch einen Bestandsschutz geben.

Gerade dieser Punkt steht im Zentrum der Kritik der Opposition im Landtag. „Die Folgen werden in den nächsten Jahren sichtbar“, fürchtet Grünen-Kommunalexperte Horst Becker. Noch schärfer formulierte es die SPD. Fraktionsvize Ralf Jäger sprach von einem „Dolchstoß gegen die kommunalen Stadtwerke“. Der vereinbarte Bestandsschutz bedeute lediglich einen „Tod auf Raten“. Stahl und Papke zeigten sich entschlossen, den mühsam gefunden Kompromiss zügig in Gesetzesform zu gießen. Voraussichtlich schon im Januar soll das Landeskabinett grünes Licht für die Reformen geben. Mitte nächsten Jahres ist die Verabschiedung des Gesetzes im Landtag geplant.

REAKTIONEN

Für und Wider aus den Städten

■ Die Kommunen reagierten gestern ambivalent auf die Düsseldorfer Entscheidung zur Reform der Gemeindeordnung. Es gab Kritik, aber auch Zustimmung.

■ Der Städte- und Gemeindebund NRW nannte die Verlängerung der Amts-

zeiten der Bürgermeister und Landräte einen „akzeptablen Kompromiss“. Eine achtjährige Periode hätte allerdings noch bessere Chancen geboten, hieß es.

■ Auch die Einführung einer höheren Sperrklausel bei

den Wahlen zu den Gemeinderäten wird von der Vereinigung begrüßt:

„Dies wirkt der Zersplitterung entgegen“, hieß es.

■ Als „fundamentalen Rückschritt“ kritisierte der Kommunal-Bund die Einschränkung wirtschaftlicher Aktivitäten der Kommunen. Es werde ein Interessengegensatz zwischen Privatunternehmen und kommunalen Betrieben konstruiert. „Hier muss nichts reguliert werden“, so die Kritik. W.B.